

A1 Antrag Vielfaltspolitische*r Sprecher*in

Gremium: Kreisvorstand Siegen-Wittgenstein
Beschlussdatum: 11.10.2023
Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

Antragstext

- 1 Der Kreisverband Siegen-Wittgenstein der Grünen beschließt die Einrichtung der
- 2 zusätzlichen Funktion einer Vielfaltspolitischen Sprecherin oder eines
- 3 Vielfaltspolitischen Sprechers im Vorstand. Der Vorstand wird beauftragt, die
- 4 notwendigen Schritte zur Umsetzung dieses Beschlusses einzuleiten,
- 5 einschließlich der Erarbeitung einer Satzungsänderung.

Begründung

Der Kreisverband Siegen-Wittgenstein der Grünen steht für die Werte der Vielfalt und der Inklusion. Wir sind der festen Überzeugung, dass diese Werte nicht nur in unserer politischen Agenda, sondern auch in unserer Organisationsstruktur widerspiegelt werden sollten. Um sicherzustellen, dass Vielfalt und Inklusion im Herzen unserer Partei verankert sind, schlagen wir vor, eine*n Diversity-Beauftragte*n als festes Vorstandsmitglied zu etablieren.

Ziele

- Förderung der Vielfalt auf allen Ebenen
- Förderung der Inklusion und Unterstützung von Maßnahmen zur Barrierefreiheit
- Bildung und Sensibilisierung
- Awareness Person und vertrauliche Ansprechpartner*in bei Fällen von Diskriminierung/Rassismus

Organisation und Wahl

Die Position wird zur regulären Vorstandswahl von den Mitgliedern des Kreisverbandes gewählt und sollte über Fachkenntnisse oder Erfahrung in den Bereichen Vielfalt, Inklusion oder Antidiskriminierung verfügen. Alle Mitglieder des Vorstandes, d.h. sowohl Beisitzende als auch Vorstandsvorsitzende können diese Position übernehmen.

Wir Grünen im Kreisverband Siegen-Wittgenstein können stolz auf unser Bekenntnis zur Vielfalt und Inklusion sein. Die Einführung einer Vielfaltspolitischen Sprecherin oder eines vielfaltspolitischen Sprechers in unserem Vorstand wird sicherstellen, dass diese Werte nicht nur Lippenbekenntnisse bleiben, sondern in unserer gesamten Arbeit verankert sind. Wir bitten alle Mitglieder, diesem Antrag zuzustimmen und damit ein starkes Signal für Vielfalt und Inklusion in unserer Partei zu setzen.

Wir sind überzeugt, dass die Etablierung einer solchen Position im Vorstand einen wichtigen Schritt in Richtung einer gerechteren und inklusiveren Partei darstellt. Es ist an der Zeit, dass wir unsere Prinzipien in die Tat umsetzen und sicherstellen, dass die Gleichstellung in allen Bereichen unserer Arbeit fest verankert ist.

A2 Antrag Frauenpolitische Sprecherin

Gremium: Kreisvorstand Siegen-Wittgenstein
Beschlussdatum: 11.10.2023
Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

Antragstext

- 1 Der Kreisverband Siegen-Wittgenstein der Grünen beschließt die Einrichtung einer
- 2 Frauenpolitischen Sprecherin im Vorstand. Der Vorstand wird beauftragt, die
- 3 notwendigen Schritte zur Umsetzung dieses Beschlusses einzuleiten,
- 4 einschließlich der Erarbeitung einer Satzungsänderung.

Begründung

Die Grünen stehen für die Werte der Gleichstellung, Diversität und Inklusion. Wir glauben fest daran, dass diese Prinzipien nicht nur in unseren politischen Zielen und Programmen, sondern auch in unserer eigenen Organisation verankert sein sollten. Um dieses Ziel zu erreichen und sicherzustellen, dass die Interessen und Belange aller Mitglieder gleichermaßen repräsentiert werden, schlagen wir die Einrichtung einer Gleichstellungsbeauftragten im Vorstand unseres Kreisverbandes. Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein grundlegendes Prinzip unserer Gesellschaft und unserer Partei. Die Einrichtung einer Gleichstellungsbeauftragten in Form einer Frauenpolitischen Sprecherin im Vorstand ist ein wichtiger Schritt, um sicherzustellen, dass Gleichstellungsthemen in unseren Entscheidungsprozessen und Aktivitäten angemessen berücksichtigt werden.

Aufgaben

- Förderung der Gleichstellung
- Bekämpfung von Diskriminierung und Sexismus
- Sensibilisierung und Bewusstseinsbildung
- Förderung von Partizipation und Repräsentation von Frauen
- Awareness Person und vertrauensvolle Ansprechpartnerin bei Fällen von Sexismus
- Beratung der Ortsverbände
- Konfliktlösung

Organisation und Wahl

Die Position der Gleichstellungs-Beauftragten wird zur regulären Vorstandswahl von den Mitgliedern des Kreisverbandes gewählt und sollte über Fachkenntnisse oder Erfahrung in den Bereichen Frauenpolitik und Diskriminierung verfügen. Alle Mitglieder des Vorstandes, d.h. sowohl Beisitzende als auch Vorstandsvorsitzende können diese Position übernehmen.

A4 Stärkung der Selbstverwaltung des Kreisparteirats

Antragsteller*in: Marcus Rommel (KV Siegen-Wittgenstein)

Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

Antragstext

1 Ich beantrage die Änderung der Satzung in Bezug auf den Kreisparteirat. Dieser
2 soll ein Präsidium haben und sich eine Geschäftsordnung geben dürfen.

3 Im Folgenden die geänderten Absätze:

4 § 8 Kreisparteirat

5
6 (...)

7 (3) Der KPR fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Er ist
8 beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist. Der KPR tagt
9 grundsätzlich parteiöffentlich. Alle Mitglieder des Kreisverbandes haben das
10 Recht, sich in der Debatte einzubringen. Er kann mit Beschluss von diesem
11 Grundsatz abweichen.

12 (4) Der KPR wählt jeweils für die Dauer eines Jahres ein Präsidium, bestehend
13 aus mindestens 2 Mitgliedern des KPR. Das Präsidium organisiert die Einladung,
14 Sitzungsleitung und Protokollführung. Der KPR kommt mindestens zwei Mal im Jahr
15 auf Einladung des Präsidiums zusammen. Das Präsidium lädt insbesondere ein, wenn
16 es von einem Viertel der stimmberechtigten Mitglieder des KPR hierzu
17 aufgefordert wird. Die Einladung samt Tagesordnung erfolgt postalisch oder per
18 E-Mail mit 14-tägiger Frist. Der KPR kann sich eine Geschäftsordnung geben, um
19 seine Arbeit und die Gestalt & Aufgaben des Präsidiums detaillierter zu regeln.

20 Die bisherige Fassung der betroffenen Absätze:

21 (3) Der KPR fasst seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Er ist
22 beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner Mitglieder anwesend ist. Er wählt eine
23 Sitzungsleitung und eine Protokollführung. Der KPR tagt grundsätzlich
24 parteiöffentlich. Er kann mit Beschluss von diesem Grundsatz abweichen.

25 (4) Der KPR kommt mindestens zwei Mal im Jahr auf Einladung des Kreisvorstandes
26 zusammen. Der Kreisvorstand lädt insbesondere ein, wenn er von einem Viertel der
27 stimmberechtigten Mitglieder des KPR hierzu aufgefordert wird. Die Einladung
28 samt Tagesordnung erfolgt postalisch oder per E-Mail mit 14-tägiger Frist.

Begründung

Die Erfahrungen aus der bisherigen Arbeit haben gezeigt, dass der Kreisparteirat (KPR) sich in seiner aktuellen Form nicht gut selbst verwalten kann. Der KPR soll ein Ort sein, an dem wir als Kreisverband zusammenkommen, um Ziele für die politische Arbeit im Kreis und inhaltliche Beschlüsse zu erarbeiten. Aktuell beschäftigt sich der KPR oft mit Formalien und kommt allein durch seine Struktur nicht dazu, inhaltliche politische Arbeit zu leisten.

Im KPR gab es daher Debatten und Vorschläge zur Reform. Aus diesen Debatten heraus ist dieser Antrag entstanden, der die Autonomie des Gremiums und die parteiinterne Demokratie stärken soll. Insbesondere die Idee der besseren Selbstverwaltung, durch ein eigenes Leitungsteam, steht dabei im

Mittelpunkt. Die dort aktiven Personen sammeln Themen und Ideen für die Tagesordnung, laden zum KPR ein und sind für die Sitzungsleitung & Protokollführung zuständig. Der KPR kann die Aufgaben und Verantwortlichkeiten des Präsidiums und seine Selbstverwaltung durch seine Geschäftsordnung detaillierter regeln.

A5 Änderung der Wahlordnung

Gremium: Kreisvorstand Siegen-Wittgenstein
Beschlussdatum: 11.10.2023
Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

Antragstext

- 1 Streichung der unterstrichenen Wort und Ergänzung der fett markierten Worte.
2 Beschlossen in der AG Wahlen am 07.09.2023
3 Wahlordnung
4 § 1 Gültigkeitsbereich
5 Die Wahlordnung (WO) ist Bestandteil der Satzung des Kreisverbands. Sie gilt für
6 alle Gremien und Einzelpersonen des KV, die auf einer Versammlung in Ämter und
7 Funktionen gewählt werden, ebenso für Wahllisten.
8 § 2 Allgemeine Bestimmungen und rechtliche Vorgaben
9 1) Bei jeder Wahl sind die Bestimmungen des Frauenstatuts sowie weitere
10 gesetzliche und satzungsrechtliche Vorgaben einzuhalten.
11 (2) Zu einer Wahl bzw. einem Wahlgang sind Kandidierende zugelassen, die nach
12 den rechtlichen und satzungsrechtlichen Vorgaben wählbar sind.
13 (3) Wahlen für Parteiämter und öffentliche Ämter sind geheim und finden im
14 Einzelwahlverfahren statt. Bei Wahlen für Wahlvorstände und andere Wahlen kann
15 die Versammlung eine Blockwahl beschließen.
16 (4) Werden mehrere Positionen gewählt, werden Frauenplätze und offene Plätze
17 getrennt gewählt, die Frauenplätze zuerst.
18 (5) Gewählt ist, wer mindestens eine Stimme über der Hälfte der abgegebenen
19 gültigen Stimme erhält (absolute Mehrheit). Kann eine zu wählende Position wegen
20 Verfehlers der absoluten Mehrheit nicht besetzt werden, kann die Versammlung
21 beschließen, nach Maßgabe des Absatzes 1 einen erneuten Wahlgang durchzuführen.
22 (6) Die Wahlen werden mit Hilfe von Stimmzetteln oder mittels eines
23 elektronischen Abstimmungssystem durchgeführt.
24 (7) Eine Stimme ist gültig, die zweifelsfrei den Willen des Wählenden erkennen
25 lassen. Leere Stimmzettel und Stimmzettel, auf denen „Enthaltung“ steht, oder
26 auf denen ein Querstrich vermerkt ist, werden bei der Berechnung des Quorums als
27 Enthaltungen und damit als gültige Stimmen mitgezählt. Leere Stimmzettel gelten
28 als ungültig. Ungültige Stimmzettel sind für die Berechnung des Quorums nicht
29 relevant.
30 § 3 Wahlvorstand
31 (1) Der Wahlvorstand (WV) ist für die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen
32 verantwortlich. Er leitet und überwacht die Stimmenauszählung und stellt sicher,
33 dass in den Wahlgängen nur Personen zur Wahl stehen, die den Anforderungen der
34 Satzung entsprechen.

35 (2) Der WV wird auf Vorschlag der Sitzungsleitung von der Versammlung mit
36 einfacher Mehrheit gewählt. Er besteht in der Regel aus drei Personen,
37 mindestens aber aus der/dem Vorsitzenden und einem/ einer Schriftführerin.

38 (3) Die für die jeweilige Wahl kandidierenden Personen (Kandidierende) dürfen
39 nicht Mitglied des WV sein.

40 (4) Der WV kann zu seiner Unterstützung Wahlhelferinnen benennen, insbesondere
41 zur Ausgabe und zum Einsammeln der Wahlzettel und zum Auszählen der Stimmen.
42 Kandidierende dürfen nicht zu Wahlhelferinnen benannt werden.

43 § 4 Protokollführung

44 (1) Über die Wahl ist eine Niederschrift anzufertigen. Sie muss wenigstens zu
45 jedem Wahlgang die Zahl der abgegebenen Stimmen, der gültigen und ungültigen
46 Stimmen, der auf die einzelnen Kandidierenden entfallenden Stimmen, die
47 Enthaltungen und das Ergebnis enthalten.

48 (2) Die Niederschrift ist von dem/der Schriftführerin des WV anzufertigen und
49 von ihr/ihm und einem weiteren Mitglied des Wahlvorstandes zu unterzeichnen.

50 § 5 Durchführung der Wahl

51 (1) Die Kandidierenden müssen entweder persönlich anwesend sein oder ihre
52 Kandidatur schriftlich oder elektronisch in Textform einreichen. Bei einer
53 Kandidatur in Abwesenheit soll die Bewerbung eine Vorstellung enthalten.

54 (2) Die Versammlung entscheidet mit einfacher Mehrheit auf Vorschlag des WV über
55 das Wahlverfahren. Der WV bestimmt die für die einzelnen Wahlgänge anzuwendenden
56 Stimmzettel.

57 (3) Die Kandidierenden müssen Gelegenheit haben, sich vorzustellen und ihre
58 Kandidatur zu begründen. Kandidaturen müssen vor Beginn des jeweils ersten
59 Wahlgangs erklärt werden. Die Vorstellung erfolgt in alphabetischer Reihenfolge
60 der Familiennamen.

61 (4) Den Kandidierenden können jeweils bis zu drei Fragen gestellt werden. Die
62 Anmeldung zur Fragestellung ist beim WV anzuzeigen. Der WV regelt die
63 Reihenfolge der Fragenden. Liegen Anmeldungen vor als Fragen vorgesehen sind,
64 lost der Wahlvorstand diese aus. Die Kandidierenden haben insgesamt drei Minuten
65 Zeit zur Beantwortung. Eine abweichende Regelung für Vorstellungen und Fragen
66 (Anzahl und Dauer der Beantwortung) kann bis vor Beginn des Wahlgangs mit
67 einfacher Mehrheit durch die Versammlung beschlossen werden. Im Einzelfall kann
68 der WV die Zeit für Vorstellung und Beantwortung der Fragen um bis zu drei
69 Minuten verlängern.

70 (5) Nachdem der WV den Wahlgang für eröffnet erklärt hat, sind keine
71 Redebeiträge oder Anträge mehr gestattet. Wenn alle Stimmzettel von den
72 Wahlhelferinnen oder dem WV entgegengenommen wurden, erklärt der WV den Wahlgang
73 für geschlossen. (6) Die Stimmen werden von den Wahlhelferinnen, ersatzweise dem
74 WV, ausgezählt. Ist die Gültigkeit einer Stimme zweifelhaft, entscheidet der WV.
75 Er verkündet das Ergebnis der Wahl. Am Ende des jeweiligen Wahlgangs werden die
76 gewählten Kandidierenden gefragt, ob sie die Wahl annehmen möchten.

77 § 6 Verfahren der Einzelwahl

78 (1) In jedem Wahlgang ist gewählt, wer die absolute Mehrheit erreicht hat.

79 (2) Erreicht im ersten Wahlgang keine Person die erforderliche Mehrheit, findet
80 ein zweiter Wahlgang statt. Zugelassen sind die Kandidierenden, die im ersten
81 Wahlgang mindestens ein Fünftel der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht haben.

82 (3) Erreicht auch im zweiten Wahlgang keine Person die erforderliche Mehrheit,
83 findet im dritten Wahlgang eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidierenden mit
84 den meisten Stimmen statt.

85 (4) Sollten aufgrund von Stimmengleichheit die Plätze, die zur Teilnahme am
86 dritten Wahlgang berechtigen, nicht eindeutig festzulegen sein, wird eine
87 Stichwahl unter den stimmengleichen Kandidierenden durchgeführt. Bei erneuter
88 Stimmengleichheit entscheidet das Los.

89 (5) Erreicht im dritten Wahlgang keine Person die absolute Mehrheit, findet ein
90 vierter Wahlgang statt, in dem nur der/die Kandidierende mit den meisten Stimmen
91 aus dem dritten Wahlgang antreten darf. Bei Stimmengleichheit entscheidet das
92 Los über die Teilnahme an der Stichwahl.

93 § 7 Verfahren bei Blockwahlen

94 Jede/jeder Wahlberechtigte hat so viele Stimmen, wie Positionen zu besetzen
95 sind. Gewählt sind die Kandidierenden in der Reihenfolge der meisten Stimmen,
96 sofern sie die absolute Mehrheit erreicht haben. Werden nicht alle Positionen
97 besetzt, so werden diese und die weiteren Positionen nach § 6 im
98 Einzelwahlverfahren gewählt.

99 § 8 Verfahren der Wahl für den Kreisvorstand

100 Die Vorsitzenden werden zuerst gewählt. Es folgt der offene Platz des oder der
101 Kassiererin. Anschließend werden die Beisitzerinnen gewählt.

102 § 9 Votesvergabe

103 (1) Personen aus dem Kreisverband können für Kandidaturen für Ämter und Mandate
104 außerhalb des Kreisverbands Votes erhalten. Dies umfasst Ämter und Mandate auf
105 Bezirks-, Landes-, Bundes- und Europaebene. Ein Votes enthält die Aussage, dass
106 die unterstützte Kandidatur im Interesse des Kreisverbandes liegt. Ein Votes
107 berechtigt die/den Kandidat*in, es bei seiner Bewerbung anzuführen und damit zu
108 werben. Darüber hinaus berechtigt und verpflichtet es niemanden.

109 Votes für Mandate werden immer vergeben. Bei Votes für Ämter liegt es in der
110 Verantwortung der/des Kandidat*in sich frühzeitig um ein Votes zu bemühen, der
111 Vorstand muss dies dann ermöglichen.

112 (2) Votes können von der KMV vergeben werden, nicht jedoch vom Kreisvorstand.
113 Das Recht der Ortsverbände Votes nach eigenen Regeln zu vergeben, bleibt
114 unberührt. Die Vergabe eines Votes ist nur nach Ankündigung eines
115 entsprechenden Punktes in der Tagesordnung möglich. Die Votesvergabe erfolgt in
116 der Regel geheim. Es wird zu Anfang des jeweiligen Tagesordnungspunktes durch
117 die KMV beschlossen, wie viele Votes vergeben werden. Der Vorstand soll dafür
118 zusammen mit der/dem Kandidat*in einen Vorschlag erarbeiten, über den abgestimmt
119 wird. Wird mehr als ein Votes vergeben, gilt das Frauenstatut.

120 § 9§10 Anfechtung der Wahl

121 (1) Haben ein Mitglied der Versammlung oder eine Kandidatin begründete
122 rechtliche Zweifel an der Richtigkeit des verkündeten Ergebnisses, können sie
123 die Wahl unmittelbar nach Verkündung des Wahlergebnisses anfechten.

124 (2) Über eine während der Versammlung unmittelbar nach Verkündung des
125 Ergebnisses vorgebrachte Anfechtung entscheidet die Versammlung. Sie kann die
126 Anfechtung zurückweisen oder die Wahl oder den angefochtenen Wahlgang
127 wiederholen. Ein anderes Ergebnis kann die Versammlung feststellen, wenn das
128 ursprünglich verkündete Ergebnis auf Auszählungsfehler oder eine unrichtige
129 Interpretation zurückzuführen ist. Gegen die Entscheidung der Versammlung kann
130 das zuständige Parteischiedsgericht angerufen werden.

131 (3) Über eine nach der Versammlung vorgebrachte Anfechtung entscheidet der
132 Vorstand
133 des Kreisverbandes. Die Entscheidung ist unverzüglich der betroffenen Person
134 mitzuteilen.
135 Lehnen diese die Entscheidung des Vorstands
136 ab, können sie das zuständige Parteischiedsgericht anrufen.

137 § 10§11 Beschlussfassung über die Wahlordnung

138 (1) Die WO wird von einer KMV mit satzungsändernder Mehrheit beschlossen.

139 (2) Die WO kann nur von einer KMV geändert werden, auf der keine Wahlen
140 stattfinden, auf die diese Wahlordnung Anwendung findet.

141 (3) Von dem Wahlverfahren dieser WO kann nur mit einer Dreiviertelmehrheit der
142 Versammlung abgewichen werden.

A6 Migration – Chance für unsere Gesellschaft vs. Stimmengewinn für AfD und Union

Gremium: Stadtverband Siegen
Beschlussdatum: 13.10.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Genehmigung Tagesordnung und Formalia

Antragstext

- 1 Antrag zum Tagesordnungspunkt
- 2 Im Namen unseres Stadtverbands beantragen wir für die Kreismitgliederversammlung
- 3 am 27. Oktober folgenden Tagesordnungspunkt: Migration – Chance für unsere
- 4 Gesellschaft vs. Stimmengewinn für AfD und Union.

Begründung

Die aktuellen Wahlerfolge von AfD und Konservativen sind in Umfragen immer wieder auch auf die Frage der Migration zurückzuführen. Spitzenpolitiker*innen der Ampel und der Bundeskanzler sprechen von der Begrenzung der Migration. „Wir schaffen das“ ist Geschichte. Auf europäischer Ebene schaffen wir es, als Grüne nicht für unsere Positionen zur Migration einzustehen. Mit Blick auf die Europawahl und die Doppelwahl 2025 wollen wir die KMV als ersten Austausch zwischen Kreisverband und Stadt- bzw. Ortsverbänden nutzen, um über die Chancen der Migration für unsere Region zu sprechen. Ein Missbrauch des komplexen Themas durch Populisten müssen wir auch im Kreis Siegen-Wittgenstein geschlossen verhindern!

A7 Aktuelle politische Lage

Gremium: Kreisvorstand Siegen-Wittgenstein
Beschlussdatum: 16.10.2023
Tagesordnungspunkt: 3. Genehmigung Tagesordnung und Formalia

Antragstext

- 1 Der Kreisvorstand beantragt die zusätzliche Aufsetzung des Tagesordnungspunkts
- 2 „Aktuelle politische Debatte“.

Begründung

Aus zeitökonomischen Gründen haben wir als Kreisvorstand zunächst keinen entsprechenden Punkt auf der Tagesordnung eingeplant. Mit Blick auf die aktuelle politische Lage (Israel, Wahlen in Bayern und Hessen usw.) möchten wir den Mitgliedern aber die Möglichkeit geben sich in einer kurzen Debatte zur aktuellen Lage auszutauschen.